

(Ministerin Gabriele Behler)

- (A) Schwerpunkte mit dem Bund gesetzt. Multimedia in der Hochschullehre z. B. ist ein ganz wesentliches Stichwort. Ich will das hier nicht weiter ausführen.

Natürlich kann man bei dem Informatikstudium immer sagen, das ist zu wenig. Wenn hier das Programm des Bundes als schmalbrüstig charakterisiert wird, bitte, man kann es so sagen. Aber zunächst einmal: Wir setzen es weiter um, auch in den weiteren Jahren. Wir stellen jährlich 5 Millionen DM zur Verfügung. Das ist auch nicht gerade Kleckerkram.

Aber ich will auch deutlich machen, gerade bei den Diskussionen um das Informatikstudium, und sehr darum werben und an Sie alle appellieren: Bitte, beziehen Sie diese Diskussionen, die wir auch bei den Werbungen für dieses Fach führen, nicht nur auf die Kerninformatik.

Wir laufen hier Gefahr, die so genannten Bindestrichinformatiken - also die anderen Bereiche -, in denen es erhebliche freie Kapazitäten gibt, zu vernachlässigen. Das ist nicht nur eine finanztechnische bzw. Auslastungsfrage, sondern auch eine Frage der Entwicklung; denn fachlich sind die Kombinationsstudiengänge von allerhöchster Bedeutung, was der Expertenrat noch einmal unterstrichen hat.

(B)

Das Stichwort "Frauenförderung" ist eben von Frau Dr. Seidl genannt worden. Wir haben hier die Mittel in der Titelgruppe 62 zusammengefasst. Einen Schwerpunkt bildet das Lise-Meitner-Habilitationsprogramm, dessen Umfang fast verdoppelt wird.

Auch das Stichwort der Internationalisierung ist schon gefallen. Auch hier werden die Mittel verstärkt, und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und exzellente Forschung zugleich stehen im Zentrum eines Sonderprogramms, das ich Ihnen schon vorgestellt habe. Die Änderungen, die über die Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Ausschuss eingebracht worden sind, unterstützen diesen wissenschaftspolitischen Kurs, und die hinzutretenden Mittel bilden einen äußerst willkommenen Schub von mehr als 16 Millionen DM zusätzlich.

Das alles ist in Zeiten knapper Kassen nicht leicht. Das alles bedeutet besondere Anstrengungen, und natürlich ist auch der Wissenschafts-

haushalt keine Kuh, die auf Erden gemolken, aber im Himmel gefüttert wird. Der Haushaltsentwurf aber, der Ihnen jetzt vorliegt, bietet mit den Änderungen, die über den Wissenschaftsausschuss eingebracht worden sind, in der Tat zukunftsweisende Perspektiven. Da freue ich mich über jede Unterstützung, die wir bekommen. - Vielen Dank.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Ministerin Behler. - Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Beratung zu Einzelplan 05. Die Abstimmung erfolgt morgen.

Ich rufe Nummer 2 auf:

Einzelplan 03: Innenministerium

Ich weise auf die Beschlussempfehlung des Innenausschusses in Drucksache 13/803 und die Änderungsanträge der Fraktion der CDU in den Drucksachen 13/930 und 13/931 hin.

Zur Eröffnung der Beratung rufe ich Herrn Kruse von der CDU auf.

(D)

Theodor Kruse (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Beratungen und die Aussprache zum Einzelplan 03 beinhalten traditionsgemäß die Auseinandersetzungen über die Bewertung der inneren Sicherheit und die Kriminalitätsentwicklung in Nordrhein-Westfalen.

Ganz sicher bleibt unbestritten, dass wir sowohl ein entschlossenes Vorgehen gegen Kriminalität in all ihren Erscheinungsformen als auch ein ebenso entschlossenes Vorgehen gegen die Ursachen der Kriminalität benötigen.

Um es vorwegzunehmen: Die rot-grüne Landesregierung wird dieser sicherheitspolitischen Aufgabe nicht gerecht. Beleg hierfür ist die in der vergangenen Woche durch Sie, Herr Innenminister Behrens, vorgelegte und erläuterte Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2000.

Diese verdeutlicht, dass sich die Kriminalitätsrate in Nordrhein-Westfalen auf einem nach wie vor

(Theodor Kruse [CDU])

- (A) unerträglich hohen Niveau befindet. Die Entwicklung bzw. der Vergleich der z. B. letzten drei, vier, fünf oder sechs Jahre veranschaulicht, dass es in Wirklichkeit keine Verbesserung gegeben hat, da wir am 31. Dezember 2000 mit mehr als 1,3 Millionen registrierten Straftaten sozusagen den gleichen Stand wie vor sechs Jahren auch hatten.

Die Landesregierung hat in der Kriminalitätsbekämpfung keine Perspektive und keine Ziele. Sie verwaltet den hohen Straftatenbestand. Sie sieht im wahrsten Sinne des Wortes alt aus, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Vor dem Hintergrund einer solchen Entwicklung haben Sie mich, Herr Kollege Jentsch, im vergangenen Jahr gefragt, ob ich eigentlich in Nordrhein-Westfalen leben würde.

(Jürgen Jentsch [SPD]: Das frage ich heute auch wieder!)

Ja natürlich, Herr Kollege Jentsch, lebe ich in diesem schönen Bundesland Nordrhein-Westfalen, welches allerdings eine bessere Innenpolitik verdient hat als die, für die die SPD und somit Ihre Fraktion seit vielen Jahren die Verantwortung trägt.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Und bemühen Sie nicht wieder den Hinweis, dass die sichersten Großstädte Deutschlands in Nordrhein-Westfalen lägen, wozu auch Sie, Herr Minister Behrens, gelegentlich neigen,

(Frank Baranowski [SPD]: Das gefällt Ihnen nicht!)

denn bei diesem Vergleich vergleichen Sie in der Tat Berlin, Hamburg und Frankfurt mit Mönchengladbach, Hagen und Bielefeld, zumal Bielefeld noch lange nicht aus den Negativschlagzeilen ist - im Gegenteil, wie wir alle wissen.

(Oh-Rufe bei der SPD)

Denn gegen vier Polizeiführungskräfte aus dem Polizeipräsidium Bielefeld laufen staatsanwaltschaftliche Ermittlungen. Wie wirken sich diese unglaublichen Entwicklungen aus Ihrer Sicht, Herr Minister, auf die Arbeit und das Ansehen der Polizei in Bielefeld und darüber hinaus eigentlich aus?

Schon im vergangenen Jahr haben wir Sie aufgefordert, endlich zu handeln. Nein, Sie haben die Dinge treiben lassen und tatenlos zugeesehen.

(C)

Bemühen Sie ebenfalls, meine sehr verehrten Kollegen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, nicht die Aufklärungsquote als Erfolgsmeldung, denn diese Aufklärungsquote liegt unter 50 %. Sie ist somit gesunken.

Ich sage in aller Ernsthaftigkeit: Fakt ist, dass in Nordrhein-Westfalen nur noch weniger als jede zweite Straftat aufgeklärt wird. Somit ist es für manche potenzielle Straftäter vergleichsweise risikolos, Verbrechen zu begehen.

In diesem Zusammenhang möchte ich sowohl Sie, Herr Minister Behrens, als auch Herrn Jentsch sowie die Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen fragen: Wie bewerten Sie die Einschätzung des GdP-Bundesvorsitzenden Freiberg, der vor wenigen Tagen die Sorge geäußert bzw. die Einschätzung vorgetragen hat, dass die Kriminalitätsstatistik in Deutschland und in den Ländern irreführend sei. Sie müsse in Wirklichkeit durch jährliche Erforschung des so genannten Dunkelfelds ergänzt werden. Auch die Aufklärungsquote sei voller Fehler und Zufälligkeiten, da tatsächlich in Deutschland 1999 nicht - wie offiziell angegeben - insgesamt 6,3 Millionen, sondern über 60 Millionen Straftaten begangen worden seien. Vor dem gleichen Hintergrund ist der nicht unwichtige GdP-Bundesvorsitzende der Auffassung, es werde sehr häufig eine falsche wie gefährliche Sicherheit suggeriert, und zu dieser Suggestion, Herr Jentsch, tragen Sie und viele andere in diesem Bundesland bei.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen interessiert die Bürgerinnen und Bürger auch nicht, wie viele Tatverdächtige die Polizei ermittelt hat. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes interessiert in Wirklichkeit, wie sicher sie leben können und wie gering die Wahrscheinlichkeit ist, Opfer eines Gewaltdeliktens zu werden. Mit Besorgnis erfüllen müssen uns alle doch das Ausmaß der Aggressivität, die niedrigen Hemmschwellen bei Gewaltdelikten - da teilen wir Ihre Einschätzung, Herr Minister, die Sie in der vergangenen Woche aus unserer Sicht zu Recht vorgetragen haben - sowie die hohen Zuwachsraten bei der Kinder- und Jugendkriminalität.

(Theodor Kruse [CDU])

- (A) In diesem Zusammenhang darf ich erneut daran erinnern, dass die CDU-Fraktion im April 1998 einen Antrag zur Bekämpfung von Kinder- und Jugendkriminalität eingebracht hat, der aber nach langen Beratungen im Herbst 1999 von Rot-Grün abgelehnt wurde. Er enthielt Prävention und Repression. Auch Sie fordern doch, Herr Minister Behrens, dass die Strafe gerade bei jugendlichen Straftätern auf dem Fuße folgen muss. So Ihre Pressemitteilung aus der vergangenen Woche. Einverstanden! Versehen Sie unseren Antrag mit dem Namen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter einer neuen Drucksachenummer, bringen Sie ihn ein, wir werden ihm zustimmen.

(Zurufe von der SPD)

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf eine Entwicklung möchte ich in besonderer Weise eingehen, die viele nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern in Deutschland insgesamt mit Sorge erfüllt. Was meine ich? Richtig bleibt, dass Innen- und Sicherheitspolitiker langfristige Veränderungen in der Gesellschaft in besonderer Weise berücksichtigen müssen, allein schon deswegen, weil der innere Friede eine unverzichtbare Voraussetzung in einer freien Gesellschaft ist. Richtig ist aber ebenfalls, dass die Nachfrage nach Sicherheit gestiegen ist. Angebot und Nachfrage decken sich aber nicht mehr. Denn die Polizei macht immer mehr Anstalten, sich aus der Fläche zurückzuziehen. Verantwortlich hierfür ist die rot-grüne Landesregierung.

(B)

(Zurufe von der SPD)

Sie scheint sich nicht mehr in früheren Umfang der Aufgabe einer allgemeinen und möglichst umfassenden Sicherheitsvorsorge zugunsten der schutzbedürftigen Bevölkerung verpflichtet zu fühlen. Betriebswirtschaftliche Kalküle und eine besondere Form der Staatsökonomie bzw. das Diktat der leeren Kassen verschärfen diesen Eindruck.

Konkret: Im Bereich der inneren Sicherheit erleben wir einen schleichenden Prozess bei der Aufgabenwahrnehmung durch Private. Das Volumen der privaten Sicherheitsdienste hat sich dem Umfang der staatlichen Polizei bereits angenähert, losgelöst von den Entwicklungen in anderen Bundesländern oder auch in Europa. Verantwortlich für Nordrhein-Westfalen ist die rot-grüne Landesregierung. Vor diesem Hintergrund, Herr Minister

Behrens, möchte ich Sie daran erinnern, dass wir vor ca. zwei Jahren dringenden Handlungs- und Regelungsbedarf angemahnt haben: Was dürfen, was können, was sollen private Sicherheitsdienste? Ich habe sehr gut in Erinnerung, dass Sie uns im Herbst 1999 mitgeteilt haben, dass Sie in Kürze einen Gesetzentwurf vorlegen werden. Bis heute ist nichts passiert. Im Übrigen waren Sie im vergangenen Jahr Vorsitzender der Innenministerkonferenz.

(C)

Der Staat - in diesem Falle die rot-grüne Landesregierung - hat offenen Auges zugelassen, dass sich eine Wirklichkeit bildet, die aus unserer Sicht den innersten Kern des staatlichen Geltungsanspruchs berührt. Mit Schlagworten wie "Verantwortungsgemeinschaft von Staat und Bürgern", mit Kriminalpräventiven Räten, mit sicherheitspolitischem Mitwirkungsverhältnis der Gesellschaft oder auch mit Ordnungspartnerschaften ist aus unserer Sicht die dahinterstehende Gesamtproblematik nicht zu überdecken.

Für die CDU-Fraktion steht fest: Das gemeinschaftliche Gut Sicherheit darf kein privates Privileg und die Polizeiaufgaben dürfen nicht zur Ware gemacht werden. Man kann auf der einen Seite, Herr Minister Behrens, für das Gewaltmonopol des Staates eintreten - da haben Sie unsere völlige Unterstützung -, aber auf der anderen Seite darf der Einbruch Privater in die hoheitliche Domäne des Staates nicht zugelassen werden.

(D)

(Zurufe von der SPD)

Wir fordern Sie auf, diese fatale Entwicklung zu stoppen.

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf zu einem letzten Punkt kommen. Wir wissen, dass Feuerwehr und Rettungswesen in unseren Städten und Gemeinden einen herausragenden Stellenwert haben. Auf die in vielen Bereichen ehrenamtliche Tätigkeit bei der Feuerwehr kann in unserer Gesellschaft nicht verzichtet werden. Gleichzeitig sind wir uns hoffentlich darin einig, dass dieses bürgerschaftliche Engagement nicht nur in Sonntagsreden herausgestellt werden darf. Die Kommunen haben zunehmend Schwierigkeiten, den Ansprüchen des Feuerschutzes und der Brandschutzkonzepte gerecht zu werden. Deswegen stellt die CDU am heutigen Tag ausdrücklich den Antrag, die Landeszuschüsse an die Gemeinden zur Förderung des Feuer-

(Theodor Kruse [CDU])

- (A) schutzes zu erhöhen. Wir bitten um Unterstützung.

Im Übrigen wird die CDU-Fraktion dem Einzelplan 03 nicht zustimmen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Kruse. - Für die Fraktion der SPD spricht jetzt der Kollege Jentsch. Bitte schön.

Jürgen Jentsch (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kruse, was bin ich denn jetzt? Ein Engelchen? Ein Bengelchen? Aber darüber können wir uns nachher unterhalten.

Wie in jedem Jahr stelle ich die Förderung der Flüchtlingsberatung - dazu haben Sie gar nichts gesagt - an den Anfang meiner Bemerkungen. Auch in diesem Jahr mussten wir uns den Sparzwängen der Landesregierung entgegenstellen, um unser Ziel der humanen Betreuung der hier lebenden Flüchtlinge sicherzustellen. Das ist uns gelungen, und so können die Wohlfahrtsorganisationen auch in diesem Jahr die bewährte und notwendige Beratung fortsetzen. Dabei haben wir im Bereich der Flüchtlingsberatung eine Aufteilung vorgenommen, damit unsere politische Zweckbindung deutlich wird. Damit sind wir auch dem berechtigten Anliegen der betroffenen Organisationen entgegengekommen.

(B)

Während wir im letzten Jahr noch um eine Verschiebung der kw-Vermerke beim Feuerwehrinstitut ringen mussten, hat nun das von uns geforderte Gutachten die Bestätigung unserer Auffassung gebracht. Danach ist die modernste Ausbildungsstätte Europas für die Feuerwehr ganz und gar nicht überbesetzt. Im Gegenteil: Das Gutachten des Arbeitsstabs Aufgabenkritik - Herr Kruse, hören Sie zu, vielleicht können Sie noch etwas lernen - der Landesregierung beim Finanzministerium, kurz AStA genannt, muss nun zügig umgesetzt werden, insbesondere da soeben für 70 Millionen DM die Bettenkapazität in Münster von 256 auf 324 Betten erhöht wurde. Die Gutachter verlangen 13 weitere Stellen. Davon konnten inzwischen fünf besetzt werden. Wir erwar-

ten von der Landesregierung, dass sie auch die restlichen Stellen umgehend besetzt, auch um so den Stau in der Ausbildungskapazität von Führungskräften der freiwilligen Feuerwehren zügig abzubauen. (C)

Damit komme ich zu unserem zentralen Aufgabenbereich, nämlich der Garantie der inneren Sicherheit in unserem Land. Auch in diesem Jahr bleibt das Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger auf der Tagesordnung, nicht im Sinne des Spielens mit den Gefühlen der Menschen, sondern im ausgeprägten und konkreten Handeln. Herr Kruse, Sie können wirklich noch etwas von uns lernen. Wie Sie unschwer dem Haushalt entnehmen können, haben wir ein so dichtes Polizeinetz wie noch nie. Ein tolles Ergebnis! Dabei wissen wir, dass Masse nicht gleich Klasse ist, sondern erst die Ausbildung, die Fort- und Weiterbildung und die Motivation das Rüstzeug einer guten Arbeit darstellen.

(Zuruf des Theodor Kruse [CDU])

Übrigens gilt das für alle Reformbestrebungen. Wir in Nordrhein-Westfalen sind damit von allen Ländern am weitesten. Unsere inneren und äußeren Reformen können sich sehen lassen. Sie sind inzwischen nationale wie internationale Vorzeigeprojekte geworden - auch wenn die vielen Arbeitskreise vor Ort oder in den Bezirken manchmal den Unmut von Beamten hervorgerufen haben. Aber das Ausarbeiten detaillierter und fachlich geprägter Reformen sollte eben nicht am grünen Tisch, sondern mit den Fachleuten aus der Praxis erfolgen - wie ich finde, die beste Lösung. (D)

Die Polizei in Nordrhein-Westfalen ist inzwischen die modernste in Europa. Unsere Polizei gehört zu den am besten bezahlten Beamtengruppen nicht nur in Nordrhein-Westfalen. 78 % aller Beamtinnen und Beamten befinden sich im gehobenen Dienst. Dies hat uns bisher noch kein anderes Land nachgemacht.

Wir setzen nach. Denn die Umsetzung des Kienbaum-Gutachtens steht auf der Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung. Das heißt, nach über zehn Jahren intensiver Diskussion steht der politische Handlungsrahmen zur Einführung der zweigeteilten Laufbahn - ein Meilenstein in der polizeilichen Weiterentwicklung mit erheblichen finanziellen Auswirkungen, aber auch gleichzeitig

(Jürgen Jentsch [SPD])

- (A) Ansporn in der Polizei, Motivation und Professionalität weiterzuentwickeln, auch und vor allem einer mitten unter uns stehenden Bürgerpolizei.

Hier vermisse ich die Zukunftsperspektiven der Opposition. Während die F.D.P. mir nichts, dir nichts mal eben so viele, viele Millionen hin- und herschieben will und zur Finanzierung die Entlassung von Ruhrkumpels fordert, beantragt die CDU 6 Millionen DM für weitere 300 Polizeibeamte und schlägt dabei zur Deckung eine Kürzung von 500.000 DM aus dem Dokumentationstitel vor, ohne darüber nachzudenken, dass dann noch weniger Prävention stattfindet.

Dann möchte die CDU eine Erhöhung um 3 Millionen DM beim Titel "Haltung von Dienstfahrzeugen". Als Teilbegründung gilt, dass sonst möglicherweise im Sommer auf die Nutzung der Klimaanlage verzichtet werden müsse.

Wie gehabt, möchte die CDU wieder die Streichung der Zweckbindung "Prävention antischwuler und antilesbischer Gewalt" - wie ich finde, ein Armutszeugnis einer politischen Willensbildung.

- (B) Auch zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität sollen zusätzliche 250.000 DM bereitgestellt werden.

Als Bewertung bleibt dann nur der Hinweis auf erneute Showanträge, die gar nicht erst den Anspruch erheben, Polizeiarbeit weiterentwickeln zu wollen.

Wir setzen um. Auch bei den schusssicheren Westen, die jetzt, nachdem sie Marktreife erreicht haben, den Beamtinnen und Beamten zur Verfügung gestellt werden. Auch dies ist bisher einmalig in dieser Republik.

Wie gehabt, auch diesmal die Erinnerungslücke der CDU. Denn war es nicht damals CDU-Bundesinnenminister Kanther, der den Ländern die Abwendung von Großschadensereignissen aufs Auge gedrückt hat? Jetzt zu fordern, das Land solle sich für die rund 14 Millionen DM aus der Feuerschutzsteuer eine andere Haushaltsstelle suchen, ist schon grotesk. Mit Verantwortungsbewusstsein hat eine solche Politik nun wirklich nichts zu tun.

Dank unserem Erfolgskonzept leben die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen in den

sichersten Großstädten dieser Republik. Herr Kruse, da können Sie auch wieder zuhören! Von den 15 sichersten Großstädten liegen allein zwölf in Nordrhein-Westfalen, und dabei liegt Bielefeld - Sie haben es gerade erwähnt - an erster Stelle. Weil sich die Polizei eben nicht in parteipolitische Scharmützel einbringen lässt, gerade deswegen findet dort auch entsprechende Prävention statt - wie ich finde, ein Riesenerfolg unserer Landespolitik gegenüber dem, was Sie immer angehen wollen. Ihr Einsatz in Bielefeld hat nichts gebracht - im Gegenteil! Er hat bewirkt, dass sich da die Polizeibeamtinnen und -beamten zusammengeschlossen haben, um sich gegen diese parteipolitischen Kalküle zu wehren. (C)

(Beifall bei der SPD)

Dank dieses Erfolgskonzepts haben wir eine hohe, ständig steigende Aufklärungsquote. Sie müssen das auch im Bundesvergleich sehen. Wir in Nordrhein-Westfalen sind gut und damit Beispielgebend für andere Länder; denn unser Weg ist dank sozialdemokratischer Politik ein erfolgreicher.

Aber wir ruhen uns nicht auf unseren Erfolgen aus, sondern wir wollen weitere Verbesserungen. Denn die kriminelle Energie nimmt auch durch weltumspannende Technik weiter zu. Deswegen suchen wir die Zusammenarbeit mit den Regionen in Europa für mehr Sicherheit, für mehr Freiheit. Dies gilt auch für eine Funktechnik, die dem grenzüberschreitenden Verkehr entsprechen und kompatibel zu anderen Rettungsdiensten sein muss. Um diese Ziele in einer digitalen Welt zu erreichen, müssen erhebliche finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden. Über diesen Weg werden wir uns im Laufe dieses Jahres noch zu unterhalten haben. (D)

Den Täter unnachgiebig zu verfolgen, den Opfern zu helfen, bleibt unser Maßstab. Die Opferschutzbeauftragten in den Polizeibehörden leisten dabei eine hervorragende menschliche Arbeit. Wie seit vielen Jahren leisten über 640 Ordnungspartnerschaften mit den 540 Kriminalpräventiven Räten tagtäglich praxisorientierte Prävention. Unser dichtes Netz an Sicherheit macht unsere Region stark. Gekoppelt mit Gemeinsinn, dem Hinschauen statt Wegsehen greifen wir Probleme auf, beugen vor und schaffen so Sicherheit. Auch dies ist ein Markenzeichen unserer Politik: nicht reden, nicht ausgrenzen, sondern handeln.

(Jürgen Jentsch [SPD])

(A) Unsere Politik für die innere Sicherheit macht auch deutlich, welch hohen Stellenwert die Polizei innerhalb unserer Fraktion genießt - dies nicht nur zu Wahlzeiten, sondern im täglichen Geschäft. Dafür bin ich dankbar. Denn wir reden nicht nur, sondern wir handeln auch - zum Wohle unseres Landes, zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger. Deswegen ist bei uns die innere Sicherheit auch gut aufgehoben. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Jentsch. - Für die Fraktion der F.D.P. redet jetzt Herr Engel. Bitte schön.

Horst Engel (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit 1991 liegt der Landesregierung das von ihr seinerzeit in Auftrag gegebene Gutachten der Kienbaum-Unternehmensberatung vor. Die Kernaussage: Die Aufgaben der Polizei sind uneingeschränkt dem gehobenen und dem höheren Dienst zuzuordnen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das machen wir!)

(B) Erst durch öffentlichen Druck vor allen Dingen im letzten Landtagswahlkampf beginnt die Landesregierung mit der schrittweisen Umsetzung der Einführung der zweigeteilten Laufbahn.

(Frank Baranowski [SPD]: Das ist Geschichtsklitterung par excellence! - Jürgen Jentsch [SPD]: Das kann er ja nicht wissen! Da war er nicht dabei!)

- Ja, er weiß schon Bescheid! - Nach dem Willen der von Ihnen geführten Landesregierung, Herr Ministerpräsident Clement, bedeutet das: Rund 20 Jahre, nachdem Ihnen die Forderungen des Kienbaum-Gutachtens bekannt sind, werden vergangen sein, bis die zweigeteilte Laufbahn endlich komplett eingeführt sein wird.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Da waren Sie aber noch nicht dabei! - Weitere Zurufe)

- Nicht im Wortsinne, im übertragenen Sinne. (C) Denn so lange regiert die SPD ja in Nordrhein-Westfalen, und zwar sogar weit darüber hinaus.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD - Jürgen Jentsch [SPD]: Zum Glück!)

Herr Dr. Behrens, Sie müssen zugeben: 20 Jahre, das ist ein Armutszeugnis!

Damit nicht genug! Die Landesregierung erklärt, dass mit der Einführung der zweigeteilten Laufbahn in dieser Legislaturperiode weitere Strukturverbesserungen ausgeschlossen sind.

(Dr. Renate Düttmann-Braun [CDU]: Strukturen kann man immer verbessern!)

Rot-Grün und die Landesregierung erklären das. Der Landesvorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, Wilfried Albishausen, hat Ihnen und uns allen Folgendes geschrieben - Frau Präsidentin, ich darf ausnahmsweise zitieren - :

"Damit wird mittelfristig die Möglichkeit verhindert, Spezialisten und Experten im gehobenen Polizeidienst zu fördern. Damit werden exponierte Stellen des gehobenen Dienstes überwiegend für Führungsfunktionen gebunden. Folge:" (D)

- ich denke, dass ist diesem hohen Hause überhaupt nicht bekannt -

"Spezialisierte Sachbearbeiter in den Kommissariaten müssen um des persönlichen Fortkommens willen"

- da geht es dann um die nächste Beförderung -

"ihre Aufgabengebiete verlassen und sich auf andere Stellen bewerben. Die Qualität der Arbeit in hochspezialisierten Bereichen"

- jetzt hören Sie bitte genau zu -

"der organisierten Kriminalität, der Wirtschaftskriminalität, der Spurensicherung und der Gutachtertätigkeit, der Schwerstkriminalität, der Ermittlung von Telekommunikationsspuren in Datennetzen wird damit der allgemeinen Strukturverbesserung geopfert."

(Horst Engel [F.D.P.]

(A) Herr Dr. Behrens, das kann doch wohl nicht wahr sein. Ich wiederhole das noch einmal: Spezialisten im Bereich der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der Wirtschaftskriminalität, der Spurensicherung und Gutachtertätigkeit, der Schwerestrafkriminalität und der Ermittlung von Telekommunikationsspuren in Datennetzen müssen sich auf andere Dienstposten bewerben, um die Chance einer Beförderung zu haben, um gerade einmal 200 DM, 300 DM oder 400 DM mehr zu bekommen.

Es ist kein Wunder, dass die Staatsanwaltschaften schon jetzt - ich habe das wiederholt in diesem hohen Hause gesagt - über das Absinken der Qualität der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung klagen.

(Jürgen Jentsch [SPD]: Das stimmt doch wirklich nicht! - Gegenruf des Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Was Herr Engel gesagt hat, stimmt!)

- Herr Jentsch, hören Sie bitte zu. - Durch falsche Signale der Landesregierung müssen wir jetzt auch noch darauf gefasst sein, dass die teuer ausgebildeten und wertvollen Spezialisten abwandern. Herr Innenminister, Herr Baranowski, hören Sie bitte zu, Sie können davon noch lernen.

(B)

Im Innenausschuss habt ihr uns rasiert, und zwar in einem recht unangenehmen Verfahren. Deshalb müssen Sie sich das hier gefallen lassen.

(Zuruf von der SPD: Ohne Schaum!)

Herr Innenminister, die Freien Demokraten fordern die Landesregierung auch hier zur Kurskorrektur auf. Für Spezialisten in der Verbrechensbekämpfung, die wir dringend brauchen, muss auch das Geld vorhanden sein, um sie auf ihren Spezialgebieten dienstlich zu fördern, statt sie gefrustet abwandern zu lassen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Oder wollen Sie so lange warten, bis Sie mit der Einführung einer kriminalpolizeilichen Green Card für Spezialisten aus anderen Bundesländern das Schlimmste verhindern müssen?

(Jürgen Jentsch [SPD]: Aus Indien!)

Schon jetzt ist die Stimmung in den Behörden bedrückt. Das ist noch vornehm ausgedrückt. Ihr

Konzept, die zweigeteilte Laufbahn kostenneutral einzuführen, Ihr Konzept, die für Leistungszulagen und für Leistungsprämien vorgesehenen Haushaltsmittel für die Strukturreform zu verwenden, und fehlende Regelungen zur Verkürzung der Altersstufen, wirken demotivierend. (C)

(Zuruf von der SPD: Fragen Sie den Finanzminister, ob das kostenneutral ist!)

Die Kritik des Bundes Deutscher Kriminalbeamter ist massiv. Er wirft Ihnen vor, dass diese Haushaltspraxis sogar gegen geltendes Recht verstößt. Wir lassen das prüfen.

(Jürgen Jentsch [SPD]: Sie lesen das Schreiben von vor drei Jahren! Sie müssen das neue Schreiben lesen!)

- Das ist brandneu.

Hinzu kommt eine Beförderungspraxis - Herr Jentsch, bitte hören Sie zu, das ist die Wirklichkeit in den Behörden -, die kein Mensch mehr versteht. Ungeprüfte Polizeikommissare, also übergeleitete Polizeikommissare, ziehen an denen vorbei, die sich dem Fachhochschulstudium gestellt haben und nach bestandener Staatsprüfung zum Kommissar ernannt wurden. (D)

Noch am 17.03. erreichte mich hierzu ein ausführliches Schreiben aus dem Polizeipräsidium Duisburg. Ich darf wieder zitieren:

"Im Bereich der ersten Säule"

- das ist der gehobene Dienst ohne Staatsprüfung -

"sind mittlerweile"

- Originalton Duisburg -

"zahlreiche Beamtinnen und Beamte zum Oberkommissar befördert worden, obwohl sie deutlich später zum Kommissar ernannt wurden."

Herr Ministerpräsident Clement, mir wird auf meine Fragen vom Innenministerium geantwortet, dass es Regelungen gebe, die verhindern, dass ungeprüfte Kommissare geprüfte Kommissare einholen und sogar an ihnen vorbeiziehen.

Wir Freien Demokraten fordern die Landesregierung auf, solch einer Beförderungspraxis einen

(Horst Engel [F.D.P.]

(A) wirksamen Riegel vorzuschieben. Machen Sie endlich Schluss mit der Trennung der Stellenpläne für die geprüften und die ungeprüften Kommissare. Wenn diese Praxis fortgesetzt wird, müssen wir uns nicht wundern, wenn die Motivation in den Polizeibehörden weiter sinkt.

(Jürgen Jentsch [SPD]: Sie ist hervorragend!)

- Herr Jentsch, bitte hören Sie zu, ich habe auch zugehört. Wir können uns im Kosovo auch einmal privat darüber austauschen.

Sie kann sogar dazu führen, dass sich immer weniger Beamte des mittleren Dienstes für das Fachhochschulstudium gewinnen lassen, da sie nur warten müssen, bis ihnen die Beförderung zum Kommissar in den Schoß fällt.

So wundert es uns nicht, dass immer mehr Beamte aus dem Wach- und Wechseldienst, wo die Sicherheit als Erstes produziert wird, in den Innen- und Tagesdienst abwandern.

In einem anderen Brief an mich heißt es:

"Fehlendes Personal auf Stellen im Bereich des Innen- und Tagesdienstes wird unverzüglich ersetzt. Fehlendes Personal im Wach- und Wechseldienst muss durch Mehrarbeit unter Verzicht auf Regeldienstfrei ausgeglichen werden."

(B)

Herr Innenminister, wir haben Sie wiederholt auf diesen Missstand aufmerksam gemacht. Wir haben uns von Ihrem Ministerium die genauen Zahlen geben lassen. In einem internen Papier - ich habe im vergangenen Jahr bereits daraus zitiert - beklagen Sie selber diese Fehlentwicklung. Sie müssen handeln. Zu viele Beamte in Führungsstellen und in Stäben, zu viele Beamte in Verwaltungsbereichen, zu viele Hierarchieebenen und zu starke Belastung mit polizeifremden Aufgaben!

Herr Ministerpräsident, das Ziel der Neuorganisation wurde nicht erreicht. Damals war das Ziel, mindestens 2.000 Beamte mehr auf die Straße zu bringen. Das hat die Landesregierung versprochen.

(Jürgen Jentsch [SPD]: Haben wir auch gemacht!)

Sogar vor laufenden Fernsehkameras beklagt Herr Dr. Behrens, dass tatsächlich immer mehr Polizeibeamtinnen und -beamte aus dem Wach- und Wechseldienst abwandern, also von dem Dienst auf der Straße in die Innendienstfunktionen. Wann greifen Sie endlich ein? (C)

(Frank Baranowski [SPD]: Herr Kommissar Spürnase!)

- Herr Baranowski, damit können Sie doch niemanden beeindrucken.

Stattdessen lassen Sie es im Lande weiter zu, dass zig Polizeiwachen wegen Personalmangels geschlossen oder zu Anlaufstellen herabgestuft werden. Stattdessen lassen Sie es weiter zu, dass von den Dienststellen der zentralen Kriminalitätsbekämpfung nur noch 15 % der Gesamtkriminalität bearbeitet werden. Sie haben kaum noch Informationen über die übrigen 85 % der Kriminalität. Umfangreiche Defizite in der Information und Kommunikation und daraus resultierende Aufklärungsdefizite zum Beispiel bei der Bekämpfung der Einbruchskriminalität und Qualitätsmängel in der Kriminalitätssachbearbeitung sind die Folge.

Stattdessen lassen Sie es weiter zu, dass sich der Streifenbeamte mit bis zu sieben Vorgesetztenebenen herumschlagen muss, während die Führungsspanne der Polizeipräsidenten bei nur zwei liegt. (D)

Stattdessen liegt immer noch kein Konzept auf dem Tisch, die Polizei von polizeifremden Aufgaben zu entlasten.

(Zuruf von der SPD: Welche Aufgaben?)

Stattdessen erklären Sie, dass man eine Großorganisation wie die Polizei nur durch ein ausgeklügeltes Berichtswesen führen kann. Ihre Behördenleiter sind die Chefs. Das ist in Ordnung. Wissen Sie aber eigentlich, wie oft sich die Behördenleiter auf den Dienststellen in den Kommissariaten sehen lassen?

(Frank Baranowski [SPD]: Sie wissen es bestimmt! Sagen Sie es uns doch!)

Wissen Sie eigentlich, wie oft sie sich einschalten, um z. B. Not leidende Aufklärungsquoten zu verbessern?

(Horst Engel [F.D.P.]

- (A) Ich sage es Ihnen: Regelmäßig einmal im Jahr zu Weihnachten oder zu Silvester. Da fehlt in vielen Behörden - nicht in allen, Köln ist z. B. eine Ausnahme - der osmotische Druck. Behördenleiter wird man und bleibt man, bis man die Altersgrenze erreicht hat und dann ausscheidet.

(Zuruf des Jürgen Jentsch [SPD])

Wir fordern Sie auf: Hören Sie auf, kostbare Ressourcen zu vergeuden. Die Polizei muss von polizeifremden Aufgaben entlastet werden. Schaffen Sie eine schlanke Führungsstruktur. Setzen Sie die Polizeipräsidenten auch auf das Rotationskarussell. Sie werden sehen: Der osmotische Druck in den Behörden wird steigen. Und die Qualität der polizeilichen Arbeit wird verbessert.

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Engel, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Bitte kommen Sie zum Schluss.

Horst Engel (F.D.P.): Ich komme zum Schluss.

- (B) In den Haushaltsberatungen haben wir konkrete Vorschläge gemacht, wie durch gezielten Mittlereinsatz diese Defizite ausgeglichen werden können: mehr Geld, Herr Jentsch, für berufsbegleitende Fortbildung, die Vernetzung mit PC.

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Engel, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Sie müssen zum Schluss kommen.

Horst Engel (F.D.P.): Der Innenausschuss - ich habe das erwähnt - hat hierzu Stellung genommen. Und ich sage das noch einmal: in einem unmöglichen Abstimmungsverfahren.

Herr Dr. Behrens, an Sie richte ich meinen Schlusssatz: Die vornehmste Aufgabe des Staates ist, die innere und äußere Sicherheit zu gewährleisten. Sie müssen die innere Sicherheit garantieren. Tun Sie es! - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Engel. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Düker. Bitte schön. (C)

Monika Düker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich würde gern zum Thema zurückkommen, Herr Engel, zu den Haushaltsberatungen, und zwar über den Einzelplan 03.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben am Freitag sicher noch genügend Zeit, über die zweigeteilte Laufbahn zu diskutieren und die große sicherheitspolitische Debatte zu führen. Ich denke, das gehört hier heute nicht zum Thema.

Beim Einzelplan 03 - da stimme ich Ihnen zu - ist die Polizei der größte Posten. Dafür wird das meiste Geld aus dem Einzelplan 03 ausgegeben. Hier hat sich die Opposition ja auch im Ausschuss mit Erhöhungsanträgen überboten. 45 bis 50 Millionen DM forderte die F.D.P. Die CDU war etwas bescheidener mit 10 Millionen DM. Aber dafür hatte die F.D.P. ja auch den genialen Deckungsvorschlag, morgen alle Bergleute zu entlassen. Vielleicht wollen Sie die dann zu Polizeibeamten umschulen. Ich weiß nicht, wie Sie sich das vorstellen. Auf jeden Fall ist das ja von Ihnen vehement im Ausschuss gefordert worden. (D)

Sie wollen die Verbesserung der inneren Sicherheit durch mehr Personal. Ich sage Ihnen hier zum wiederholten Male, Herr Kruse und Herr Engel: Diese Losung ist zu einfach. Sie ist auch so nicht richtig.

(Beifall bei der SPD)

Sie verunsichern mit Ihrem Gerede vom unsicheren NRW nicht nur die Polizeibeamtinnen und -beamten im Land, sondern - und das ist noch viel schlimmer - Sie verunsichern damit auch die Bevölkerung in diesem Land. Nach dem Redebeitrag von Herrn Kruse traut man sich ja fast nicht mehr, abends ohne Bodyguard vor die Haustür zu gehen.

Bitte beenden Sie dieses Unsicher-Reden des Landes. Es ist nicht Realität in unserem Land. Ich denke, wir haben allen Grund dazu zu sagen - auch gerade nach dem Vorliegen der letzten

(Monika Düker [GRÜNE])

- (A) Kriminalitätsstatistik 2000 -, dass es um die Sicherheit der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen gut bestellt ist.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Schauen Sie in die Kriminalitätsstatistik. Irgendwie liest Herr Kruse immer andere Zahlen. Herr Innenminister, Sie haben uns die Statistik doch zugestellt. Vielleicht hat Herr Kruse sie nicht gelesen. Ich gehe davon aus, dass auch die Opposition sie erhält.

Interessanterweise finden wir in der Kriminalitätsstatistik 2000: Wir haben derzeit 7.377 Straftaten auf 100.000 Einwohner. Damit haben wir die geringste Kriminalitätsbelastung seit neun Jahren, seit 1991. Auch die Aufklärungsquote bleibt gleich bleibend hoch.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Das zeigt doch, meine Damen und Herren: Die Polizei in Nordrhein-Westfalen ist entgegen Ihren Darstellungen sehr wohl in der Lage, ihren Aufgaben in den Bereichen Vorbeugung, Strafverfolgung und Opferschutz, also im originären Bereich der Polizei, auf hohem Niveau gerecht zu werden.

- (B) (Beifall bei GRÜNEN und SPD - Jürgen Jentsch [SPD]: So ist das!)

Wir verlangen - das gestehe ich zu - unseren Polizeibeamtinnen und -beamten sehr viel ab. Das ist auch richtig. Daher wollen wir sie aber auch - das ist unser Ziel, und darüber werden wir am Freitag reden - durch eine gute Ausbildung und eine gute Qualifizierung befähigen, diesen schwierigen Anforderungen gerecht werden zu können. Und wir wollen sie dafür angemessen und besser besolden. Das ist unser Ziel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darüber diskutieren wir am Freitag sicher intensiver, wenn wir zur zweigeteilten Laufbahn kommen. Ich denke, damit haben wir den Polizeibeamtinnen und -beamten im Land ein sehr gutes Angebot gemacht, die Qualität ihrer Arbeit weiter auf hohem Niveau zu sichern. Wir haben eine gute Grundlage dafür geschaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(C) Ich komme zum Thema Kriminalität. Richtig ist: In der Kriminalitätsstatistik finden sich, wenn man sie aufmerksam liest, ein paar Bereiche, in denen ein Anstieg der Kriminalitätsraten zu verzeichnen ist. Ich finde, das muss man offen und ehrlich zugeben, sehen und analysieren. Bei Gewaltdelikten, Körperverletzungen, aber auch bei den tatverdächtigen Kindern und Jugendlichen haben wir Steigerungsraten.

Aber erklären Sie einmal, wie Sie den Zusammenhang herstellen, wenn Sie sagen: Anscheinend sinken in unserer Gesellschaft die Hemmschwellen zur Gewaltanwendung. Wir haben im Bereich der Jugendkriminalität offensichtlich einen Anstieg. Aber Sie können doch nicht meinen, wenn wir jetzt 100 Polizisten mehr einstellen, hätten wir das Problem gelöst! Das kann doch nicht ernsthaft Ihre Antwort auf diese Zahlen und auf diese Problemlagen in unserer Gesellschaft sein.

Das greift aus unserer Sicht zu kurz. Hier sollte man die gesellschaftlichen Ursachen ernsthaft diskutieren. Wenn Hemmschwellen in Bezug auf Gewalt niedriger werden, dann müssen wir daran ansetzen. Vor allem müssen wir bei den Jugendlichen ansetzen, denn sie - das zeigen die Zahlen auch - sind ein Abbild unserer Gesellschaft. Es muss Erziehungsunterstützung gewährleistet werden, und vor allen Dingen müssen wir Jugendlichen in unserer Gesellschaft eine bessere Perspektive verschaffen. Wir müssen Chancengleichheit für alle schaffen. Dann sind wir in diesem Bereich bei den Wurzeln der Kriminalitätsbekämpfung angelangt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D) Darüber wollen wir mit Ihnen diskutieren. Verweigern Sie sich nicht weiterhin dieser Debatte, hören Sie mit der gebetsmühlenartigen Wiederholung der These auf, dass Nordrhein-Westfalen ein unsicheres Land sei, und diskutieren Sie mit uns konstruktiv über die Sorgen und Nöte, die es im Lande gibt! - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Jürgen Jentsch [SPD])

Präsident Ulrich Schmidt: Schönen Dank, Frau Düker. - Das Wort hat Herr Innenminister Dr. Behrens.

(A) **Dr. Fritz Behrens, Innenminister:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin zunächst einmal dankbar dafür, dass Herr Jentsch und Frau Düker bei der Beratung des Einzelplans 03 den Blick darauf gelenkt haben, dass es hier nicht nur um Polizeifragen und um Fragen der allgemeinen inneren Sicherheit geht, sondern dass mit dem Einzelplan 03 auch die Arbeit einer großen allgemeinen und inneren Verwaltung im Lande Nordrhein-Westfalen finanziell ermöglicht wird. Bevor ich auch zur inneren Sicherheit ein paar Sätze sagen werde - so viel Redezeit haben wir ja nicht; es ist ja ohnehin schon spät -, möchte ich Ihren Blick kurz darauf lenken, dass mit dem Geld, das Sie durch Ihre Beschlüsse hier zur Verfügung stellen, viel Gutes in anderen Bereichen als dem der inneren Sicherheit möglich gemacht wird.

Beispielsweise fördern wir auch außerhalb des GFG über den Einzelplan 03 die kommunale Selbstverwaltung in unserem Lande. Sie wird nicht nur über das GFG finanziert, sondern auch dadurch gefördert, dass die Kommunalverwaltung rechtlich möglich gemacht und unterstützt wird und dass ihr angemessene Rahmenbedingungen geschaffen werden. Wir sind in einem Maße, wie es öffentlich kaum wahrgenommen wird, dabei, den Kommunen zu helfen, ihre kommunale Selbstverwaltung und ihre örtliche Verwaltung zu modernisieren und teilweise zu revolutionieren. Auch dafür bietet der Einzelplan 03 die Handlungsgrundlage, indem er das notwendige Personal in den staatlichen Verwaltungen finanziert.

(B) Dahinter steht der Grundgedanke, meine Damen und Herren - es ist mir wichtig, ihn bei dieser Gelegenheit einmal auszudrücken -, die Verwaltungen auf allen Ebenen, jedenfalls auf den Ebenen, auf denen wir im Lande Verantwortung haben, also der Landes- und der Kommunalverwaltung, immer mehr als Dienstleistungsunternehmen anzusehen: als einen Dienstleistungsbetrieb von Bürgerinnen und Bürgern für Bürgerinnen und Bürger. Dies haben wir auf der gesamten Breite der Verwaltung mit ihren mehreren hunderttausend Beschäftigten auf kommunaler und Landesebene in Gang gesetzt, halten es in Gang und beschleunigen die Modernisierungsprozesse immer noch stärker. Dies gilt nicht nur für die Polizei, sondern für alle Bereiche des öffentlichen Dienstes.

Ich nenne hier nur ganz wenige Stichworte, um deutlich zu machen, was da alles passiert. Wir sind nicht nur auf kommunaler Ebene, sondern auch auf Landesebene dabei, das voranzubringen, was man mit "Neue Steuerung" überschreibt. Wir sind dabei, das betriebswirtschaftliche Rechnungswesen in die Verwaltung einzuführen, um Ressourcenverbrauch deutlich zu machen: weg von der Kameralistik hin zur Doppik, wie die Fachleute sagen. Dies geschieht auch im Interesse derjenigen, die hier im Parlament über Haushalte und über den Mittelverbrauch zu entscheiden haben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten von SPD und GRÜNEN)

Wir haben Landesbetriebe eingerichtet. Wir tun also auch auf der Ebene des Landes einiges, um uns in neuen Organisationsformen dem Wettbewerb zu stellen. Wir entwickeln Personalwirtschaftskonzepte. Wir legen auf den Bereich der Fort- und Ausbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern größeres Gewicht.

Meine Damen und Herren, es ist noch nicht öffentlich, aber ich sage es jetzt hier, zumal es in der Regierungserklärung angekündigt und in der Koalitionsvereinbarung verabredet worden ist: Wir haben in der letzten Woche mit einer Kabinettsentscheidung eine Expertenkommission "Zukunft des öffentlichen Dienstes - öffentlicher Dienst der Zukunft" eingesetzt. Diese Expertenkommission wird uns noch im Laufe dieser Legislaturperiode Hinweise darauf geben, wie wir den öffentlichen Dienst im Lande Nordrhein-Westfalen noch weiter erneuern können.

Ein weiteres Stichwort: Wir setzen auch mit diesem Haushalt die bewährte nordrhein-westfälische Linie in der Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik fort.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das möchte ich in aller Kürze wenigstens erwähnt haben; auch darum geht es beim Einzelplan 03.

Wir ermöglichen mit diesem Landeshaushalt Initiativen, die wir im letzten Jahr eingeleitet haben und die Früchte tragen sollen: Wir bauen etwa die Stiftungslandschaft in Nordrhein-Westfalen aus,

(C)

(D)

(Minister Dr. Fritz Behrens)

- (A) um private Gelder auch für öffentliche, gute, wohlfeile Zwecke zu mobilisieren.

Meine Damen und Herren, ich könnte die Liste der Maßnahmen, die in meinem Geschäftsbereich in dieser Legislaturperiode stattgefunden haben, stattfinden und in Zukunft stattfinden werden und die in diesem Jahr finanziert werden, endlos fortsetzen. Das alles ist Innenpolitik - sie beschränkt sich nicht auf die Politik der inneren Sicherheit - für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen; sie findet ihre Basis in diesem Haushalt für das Jahr 2001. Wir sehen in ihm eine gute Grundlage, unsere erfolgreiche Innenpolitik in Nordrhein-Westfalen fortzusetzen.

Angesichts der Interpretationen der Kriminalstatistik, die eben zu hören waren, muss ich sagen, dass Zerrbilder gezeichnet wurden. Sie nehmen einen Ausschnitt der Wirklichkeit in unserem Lande wahr, verehrte Kollegen Kruse und Engel, und interpretieren sie so, wie es Ihnen politisch passt.

(Jürgen Jentsch [SPD]: So sind sie eben!)

- (B) Herr Engel, wenn Ihre Äußerungen zur Green Card und zu anderen Themen eine Übung für einen Auftritt bei der nächsten Karnevalsveranstaltung des Sozialwerks der Kölner Polizei gewesen sein sollten, dann muss ich Ihnen sagen, dass Sie noch eine Weile üben müssen. Das Karnevalsprogramm dort war ein ganzes Stück besser; ich glaube, einige im Saal wissen, wovon ich rede.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das muss also noch ein bisschen seriöser und greifbarer werden, Herr Engel.

Zur inneren Sicherheit, meine Damen und Herren, und damit dem finanziellen Schwerpunkt des Einzelplans 03! Mit diesem Haushalt - das ist die Überschrift - steht die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen auch in diesem Jahr auf soliden und sicheren finanziellen Füßen. Wir werden unsere Politik der inneren Sicherheit, die auf drei Säulen beruht - Prävention, konsequente Strafverfolgung und Opferschutz -, fortsetzen können. Dafür enthält der Haushalt die notwendigen Mittel.

Wir investieren in die Menschen und in die Technik für eine weitere Verbesserung der Polizeiarbeit in Nordrhein-Westfalen zum Wohle unserer Bürge-

rinnen und Bürger. Sie dürfen sich in unserem Land nicht nur sicher fühlen, sondern sie sind auch vergleichsweise sicher. Das belegen die Zahlen unserer Statistiken.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Natürlich - Sie, Herr Kruse, haben das, glaube ich, angesprochen - gibt es ein Dunkelfeld, auf das auch Herr Freiberg, der GdP-Vorsitzende, hinweist. Auch in meiner Pressemitteilung hätten Sie es, hätten Sie sie gelesen, im ersten Satz finden können, dass nämlich Statistiken immer nur einen Ausschnitt darstellen können und nicht die ganze Wirklichkeit zeigen, dass man also auch Dunkelfelder betrachten muss. Nur geht das nicht mit Statistiken, weil Statistiken immer nur bekannte Zahlen enthalten, aber kein Dunkelfeld erleuchten können. Das muss man auf andere Art und Weise tun. Wir tun es, indem wir in der Innenministerkonferenz unter meiner Leitung beschlossen haben, dass es - wahrscheinlich schon in diesem Jahr zum ersten Mal - unter der politischen Führung des Bundesinnenministers ein Lagebild "Innere Sicherheit" geben wird. Dabei handelt es sich um eine Ausweitung des "Zahlenfriedhofs Statistik" um politische und fachliche Bewertungen durch die Kriminalpolitiker und Kriminalisten von allen Ebenen. Die Länder wirken daran mit. Ich wünsche mir, dass uns dieses Lagebild "Innere Sicherheit" einen getreulicheren Abriss von der inneren Sicherheit in unserem Lande bieten wird, als es die Statistiken zu tun vermögen. Aber im Moment stehen uns für Vergleiche eben nur die Statistiken zur Verfügung.

Nach diesen Statistiken stehen wir in Nordrhein-Westfalen gut da, besonders gut in unseren Großstädten. Es ist schon richtig, Essen und Köln mit München, Berlin und Hamburg zu vergleichen. Mit wem denn sonst? Würde ich Vergleiche mit Paris, New York und London anstellen, stünden wir noch viel besser da, Herr Kruse. Das müssen Sie schlicht einmal zur Kenntnis nehmen. Ganz oben rangiert in dieser Statistik übrigens Bielefeld, die Behörde, die Sie sich besonders vorgeknöpft haben.

Erhebliche Strukturverbesserungen für die Arbeit der Polizei bringt die Einführung der zweigeteilten Laufbahn. Darüber werden wir am Freitag im Zusammenhang mit den entsprechenden Anträgen diskutieren. Deshalb will ich das Thema jetzt

(C)

(D)

(Minister Dr. Fritz Behrens)

- (A) nicht vertiefen. Herr Rüttgers und seine Kollegen aus der CDU-Fraktion müssten mir allerdings schon einmal erklären, wie sie Bildungsinvestitionen in Form von Lehrern finanzieren und gleichzeitig 1,5 % der Personalausgaben in allen Etats kürzen wollen. Wie soll das funktionieren: gleichzeitig Lehrer einstellen und Personalausgaben kürzen?

(Jürgen Jentsch [SPD]: Er ist ein Künstler!)

Sie müssen mir wirklich einmal erläutern, wie es Ihnen gelingt, die Mark dreimal auszugeben. Das verstehe ich nicht. Meine Damen und Herren, unseriöser kann man es nicht machen.

Mit der Einführung der zweigeteilten Laufbahn werden wir riesige Fortschritte in der Struktur, der Ausbildung und der Qualität unserer Polizisten im Lande Nordrhein-Westfalen erreichen. Das ist ein Meilenstein, von dem ich vor zwei, drei Jahren nicht einmal zu träumen gewagt hätte. Ich bin sehr dankbar, dass die Koalitionsfraktionen und die sie tragenden Parteien diesen Weg, der, wie Sie alle wissen, im Laufe der Jahre teuer werden wird, der viel Geld kosten wird, der die Personalhaushalte noch einmal belasten wird, und zwar zusätzlich zu dem, was wir im Bereich Bildung tun, gehen. Sie sehen daran, dass neben der Bildung die innere Sicherheit ein weiterer Schwerpunkt der Politik dieser Landesregierung und der sie tragenden Koalitionsfraktionen ist - ein schlagender, ein deutlicher Beweis; deutlicher könnte man es nicht belegen.

(B)

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Aber um dennoch ein Weiteres hinzuzufügen: Wir haben 60 Millionen DM in die Hand genommen, um neue Schutzwesten für die Polizei zu kaufen. In diesem Jahr werden die ersten 30 Millionen DM dafür verausgabt. Wir werden unseren Beamtinnen und Beamten die Westen schnellstmöglich zur Verfügung stellen.

Noch etwas, meine Damen und Herren! Wir werden neue Wege in der Finanzierung und der Beschaffung im Bereich der Polizei beschreiten. Bei der Beschaffung von Streifenwagen in Nordrhein-Westfalen werden wir zukünftig das Leasingverfahren wählen, damit unsere Kolleginnen und Kollegen in der Polizei so früh wie möglich immer den bestmöglichen Arbeitsplatz, nämlich die

neuesten Fahrzeuge, erhalten. Dieses Leasingverfahren schafft Spielräume in der Politik vor Ort und in den Behörden, mit den knappen Finanzen so umzugehen, dass die innere Sicherheit oberste Priorität in diesem Lande behalten kann.

(C)

Das alles gilt auch für übrige Ausstattungen, etwa den Digitalfunk. Dazu sprechen wir uns in diesem Saale und in anderen Sälen wieder. Dabei geht es um sehr viel Geld. Wir sind dabei, bis zum Jahre 2006, wenn in unserem Lande die Fußballweltmeisterschaft stattfindet, unsere Sicherheits- und Ordnungsbehörden - das sind nicht nur die Polizeien - mit einem völlig neuen digitalen, europaweit grenzüberschreitend funktionierenden Funksystem auszustatten.

Ich bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und sage denjenigen, die diesen Einzelplan mittragen, herzlichen Dank für die Beschlüsse. Sie sind eine gute Grundlage für die weitere Arbeit für die innere Sicherheit in diesem Lande.

(Beifall bei der SPD und der Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Herr Innenminister. - Frau Kollegin Düker hat sich noch einmal gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

(D)

Monika Düker (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch wenn, wie der Debatte zu entnehmen, der Polizeibereich im Einzelplan 03 zahlenmäßig der dominanteste und finanziell der größte Batzen ist, möchte ich dennoch den Blick auf einen für uns ganz wichtigen politischen Schwerpunkt richten: die Förderung der Flüchtlingsarbeit. Wir haben auf diesem Feld - das finde ich sehr, sehr positiv - insgesamt 1,28 Millionen gegenüber dem Haushaltsplanentwurf aufgesetzt,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und zwar für die Betreuung und die Beratung von Menschen, insbesondere für die psychosoziale Beratung von traumatisierten Flüchtlingen und für die Betreuung in den Abschiebehaftanstalten.

Ich weiß, der Finanzminister fand dies alles nicht so Klasse. Aber im Innenausschuss gab es eine

(Monika Düker [GRÜNE])

(A) große Koalition. Für mich war es sehr bemerkenswert, dass für diese humanitäre Arbeit im Innenausschuss einstimmige Beschlüsse gefasst wurden. Dem Antrag von SPD und GRÜNEN haben sich CDU und F.D.P. angeschlossen. Mit Blick auf die angespannte Haushaltslage sollte man nicht verschweigen, dass Nordrhein-Westfalen auf die humanitäre Flüchtlingsarbeit einen Schwerpunkt setzt, und das in Gemeinsamkeit aller Fraktionen. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Jürgen Jentsch [SPD])

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Düker. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung zu Einzelplan 03.

Wir kommen zur **Abstimmung**, und zwar zunächst über die vorliegenden Änderungsanträge. Wir stimmen zuerst über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/930** ab. Das Stichwort heißt: Erhöhung der Kostenpauschale nach § 4 Flüchtlingsaufnahmegesetz. Wer ist für diesen Änderungsantrag der CDU-Fraktion? - CDU- und F.D.P.-Fraktion. Wer ist dagegen? - Koalitionsfraktionen. Stimmenthaltungen? - Gibt es keine. Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU- und F.D.P.-Fraktion **abgelehnt**.

(B)

Wir stimmen zweitens über den **Änderungsantrag** der CDU-Fraktion **Drucksache 13/931** ab. Das Stichwort heißt: Höhere Landeszuschüsse an Gemeinden zur Förderung des Feuereschutzes. Wer ist für diesen Änderungsantrag der CDU-Fraktion? - CDU- und F.D.P.-Fraktion. Wer ist dagegen? - Koalitionsfraktionen. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU- und F.D.P.-Fraktion **abgelehnt**.

Wir stimmen dann ab über den **Einzelplan 03** entsprechend der **Beschlussempfehlung**; das ist die **Drucksache 13/803**. Wer für diese Beschlussempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - CDU- und F.D.P.-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koali-

tionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU- und der F.D.P.-Fraktion **angenommen**. (C)

Ich rufe **Nummer 3** auf:

Gemeindefinanzierungsgesetz 2001

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/817 und den Änderungsantrag der CDU-Fraktion Drucksache 13/932.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Abstimmung über das GFG erst morgen nach der Abstimmung über den Einzelplan 20 erfolgen wird.

Ich eröffne die Beratung und erteile das Wort dem Abgeordneten Britz für die CDU-Fraktion.

Franz-Josef Britz (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zwischen der Einbringung des Landeshaushalts und der heutigen Verabschiedung liegt ein Zeitraum von ungefähr vier Monaten. Wir haben vier Monate Beratungszeit mit öffentlicher Diskussion, mit Anhörungen im Ausschuss, mit Diskussionen im Ausschuss und darüber hinaus hinter uns. Zahlreiche Argumente sind vorgetragen worden. Ich will heute meinen Beitrag zur zweiten Lesung einmal unter dem Gesichtspunkt abhandeln: Welche Auswirkung hat diese viermonatige Beratungszeit auf das Beratungsergebnis gehabt? (D)

Damit meine ich nicht die übergeordneten Änderungen, die uns in vielen Stellungnahmen vorgebracht worden sind, die Einfluss auf den Landeshaushalt und damit auch auf die Gemeindefinanzierung haben, z. B. die Steuerreform, die sich auf die Einkommensteuer auswirkt und dort zu Mindereinnahmen für die Gemeinden führt, die Veräußerung der UMTS-Lizenzen, die zu Veränderungen bei der Gewerbesteuer führt, oder die Rentenreform, die natürlich ebenfalls ihre Auswirkungen auf die Kommunalhaushalte hat. Nein, hier ist der Einfluss des Landes bestenfalls über den Bundesrat gegeben, wo das Land versuchen kann, Einfluss geltend zu machen.

Ich will mich heute mit den Dingen beschäftigen, die möglicherweise aufgrund der vorgetragenen Kritik im Landeshaushalt, im GFG, im Steuerver-